

Monatsbericht über die Entwicklung in Polen im November 1957

A. Innere Entwicklung	1
I. Politische Ereignisse	1
1. Überprüfungsaktion und andere Parteiprobleme	1
2. Polnischer Revisionismus ist Abglanz des Sozialdemokratismus	8
3. Zum Jahrestag der Oktoberrevolution	10
4. Freundschaft...	11
5. Beratungen des Journalistenverbandes	12
6. Verband der sozialistischen Jugend - ein Versager	13
II. Wirtschaft	14
1. Staatsfarmen - immer noch unrentabel	14
2. Die niedrigen Mieten bremsen privaten Wohnungsbau	14
3. Besserung in der Kohlenwirtschaft	15
III. Soziale Probleme	16
1. Heinkehrer - ein schwieriges Problem	16
2. Gewerkschaften auf dem alten Gleis?	16
B. Polen und Ausland	18
1. Zum Jahrestag der polnisch-sowjetischen Erklärung	18
2. Beratungen in Moskau	18

I) Politische Ereignisse

1) Überprüfungsaktion und andere Parteiprobleme

Im Augenblick konzentriert sich das allgemeine Interesse der polnischen Öffentlichkeit auf die Lage in der Partei. Das kann auch in einem Lande, das von einer Partei autoritär regiert wird, und in dem sich alle internen Parteivorgänge früher oder später auch auf die auswirken, die nicht der Partei angehören, nicht anders sein. Jede Wendung in der Parteilinie bedeutet auch mehr oder weniger eine Wendung im Leben eines jeden Staatsbürgers.

Auf dem X. Plenum des ZK, das im Oktober 1957 stattfand, stellte GOMULKA unumwunden fest, daß die Partei in ihrer augenblicklichen Lage nicht imstande sei, ihre Hauptaufgaben zu erfüllen: Eine "führende Kraft der werktätigen Bevölkerung auf dem Wege zum Sozialismus" zu sein. Sie ist aus vielen Gründen aktionsunfähig. Es gibt keine einheitliche Partei. Zum ersten Male hat man offiziell zugeben müssen, dass es in der Partei nicht nur gewisse, von der Parteilinie abweichende Grüppchen gibt, sondern richtige Parteiflügel, Fraktionen innerhalb der Partei: Die Linke, genannt Revisionisten und Liquidatoren, und die Rechte, genannt Dogmatiker und Konservatisten, in Wirklichkeit also Stalinisten. Das X. Plenum brachte diesen beiden Parteifrak-tionen eine Kampfansage, allerdings mit dem deutlichen Akzent, dass der Hauptstoß sich gegen die "Revisionisten" richten wird. Die Reihen der Partei sollen von all denen, die "die Parteilinie bekämpfen", die Parteileitung "diffamieren" oder gar den "Sozialismus verneinen", gesäubert werden. Es handelt sich hier also um einen ideologischen Kampf, der bis zur letzten Konsequenz - Ausschluss aus der Partei - geführt werden soll.

Es gibt aber mehr Gründe, die die Partei in ihrer derzeitigen Zusammensetzung unfähig machen, ihre Aufgaben zu erfüllen. Aus den Worten GOMULKAS lässt sich nicht schwer entnehmen, dass die polnische Partei eine aufgeblasene Größe ist, eine Armee bestehend aus Soldaten, die weder Lust zum Kämpfen haben, noch das notwendige Rüstzeug besitzen. Es gibt in der Partei zu viele passive Mitglieder, die früher in ihre Reihen eingetreten sind, weil man sie dazu überredet oder gar gezwungen hat, oder weil sich viele Vorteile davon versprochen usw. Unter diesen Leuten befinden sich harmlose Karrieristen, die es im Leben bequemer haben wollten, aber auch skrupellose Dunkelmänner, die ihre Position dazu benutzten, um auf Kosten der Bevölkerung, der Arbeiterschaft, des "Volksstaates" zu profitieren. Von diesen Leuten will sich die Partei trennen.

GOMULKA will aus der Partei, die keine Kampfmoral mehr besitzt, eine kleinere kampflustige und disziplinierte Elitetruppe schaffen. Um das zu erreichen, werden viele auf der Strecke bleiben müssen.

Es war sicher nicht lediglich der Druck Moskaus, durch den GOMULKA zu dieser tiefgreifenden Reform in der Partei veranlasst wurde. Nicht zu unterschätzen sind in diesem Zusammenhang die Eindrücke, die er während seines jugoslawischen Besuches persönlich sammelte. Dort konnte ihm TITO eine Partei repräsentieren, deren Gros aus disziplinierten und gehorsamen Mitgliedern besteht und die es sich nicht erlauben, selbständig zu denken und zu handeln wie es polnische "Revisionisten" zu tun wagten, die nicht danach trachten, die jetzige Parteiführung zu stürzen, um sich völlig der Moskauer Zentrale zu unterwerfen (wie das die polnischen Stalinisten in Wort und Schrift tun). TITO verstand es, jede Opposition in der Partei niederzuhalten, so dass er sich auf den Apparat verlassen kann. Das kann GOMULKA aber keineswegs von der ihm untergeordneten Partei behaupten, und darum möchte er ähnliche Voraussetzungen schaffen.

Es wäre absurd, von GOMULKA zu behaupten, er habe das Steuer um 180 Grad herumgeworfen und fahre jetzt - im Vergleich zum Oktober 1956 - mit vollen Segeln in einer umgekehrten Richtung. GOMULKA ist kein Stalinist, das hat er schon in einer Zeit bewiesen, als für einen Parteiführer nur die Alternative blieb: Stalinist zu sein oder zu sterben. Er ist aber ein mutiger, etwas obstinater Mensch mit stark ausgeprägten autoritären Zügen, der oft ungeduldig wird bei Anhören ihm nicht passender Argumente Andersdenkender. Er zeigte diese Eigenschaften schon in der Zeit, als er nach dem Kriege Generalsekretär der Partei war. In der langen Zeit, als er inhaftiert war, hat sich das wenig geändert, nach seiner Rückkehr zu Macht fiel das kaum auf. Damals umgab ihn eine Atmosphäre allgemeiner Sympathie, ja beinahe Verehrung. Er gefiel sich in der Rolle des Volkshelden und Volkslieblings, so lange er keine Spuren von Aufsässigkeit bemerkte. Die einzige Opposition, die es damals gab, waren die Stalinisten, die - im Volk verhasst - in der Partei zwar immer noch viele Schlüsselpositionen im Apparat innehatten, aber desorientiert, eingeschüchtert und unentschlossen waren. Aber bald hat sich die Lage verändert. Die Stalinisten, von GOMULKA, der sie zu gewinnen versuchte, mit Seidenhandschuhen angefasst, haben das als Schwächezeichen ausgelegt und erhoben immer wieder immer mehr den Kopf. Im linken Flügel der Partei, der eigentlich gehofft hatte, GOMULKA würde sich auf ihn stützen, traten neue Bedenken über die Richtigkeit der einzelnen Massnahmen GOMULKAs auf. Die Volksmassen, die trotz aller vernünftigen Vorhaltungen beharrlich auf ein Wunder in Form der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage warteten, wurden enttäuscht und fingen an, ungeduldig zu werden. Nach aussen musste GOMULKA einer stillen Verschwörung fast aller "Bruderparteien" die Stirn bieten. Für die einen war er ein Verräter an der Sache des Kommunismus, ein Überläufer ins feindliche Lager. Für die anderen war er zu zaghaft, zu unentschlossen, zu ängstlich in

seiner ewigen Vorstellung einer sowjetischen Intervention, die unweigerlich kommen würde, wenn man die Oktoberpositionen auszubauen versuche. So kam es, dass GOMULKA mit der Zeit sich mehr und mehr in die Überzeugung verlor, dass er alleine die Verantwortung für die Geschicke der Partei und der Nation verkörpere, dass er der einzige Träger der Staatsraison sei und dass nur er selbst sein eigener Berater sein könne.

Man kann GOMULKA den Sinn für Realitäten nicht absprechen. Er wusste vom ersten Augenblick an, dass es für die Freiheit, die das Volk im Oktober erkämpfte, klare Grenzen gibt, dass ein Überschreiten dieser Grenzen Katastrophen heraufbeschwören könne. Von seinen Kritikern aus dem Linken Flügel der Partei kann man dagegen behaupten, dass es unter ihnen viele brillante Intellektuelle gibt, die aber nicht immer genug Verständnis für die durch die geopolitische Lage Polens bedingten Möglichkeiten haben. Ihr ewiges Suchen, ihre innere Unruhe und typisch intellektuellen Zweifel mussten bei Gomulka, der seinem gesunden Menschenverstand alles verdankt und sich nur von ihm leiten lässt, nur Abneigung hervorrufen. Diese Abneigung wurde mit der Zeit immer stärker, nachdem er merkte, dass sie von den Parteiintellektuellen erwidert wird. Langsam verschloß er sich allen Argumenten der "Revisionisten" auch denen, die objektiv richtig waren.

Diese Entfremdung zwischen GOMULKA und der Parteiintelligenz schritt nicht ohne Unterbrechungen und Schwankungen fort. Es gab noch vor ungefähr einem halben Jahr einen Augenblick, da sah es so aus, als könne es zwischen GOMULKA und dem linken Flügel der Partei zu einer Versöhnung kommen. Das war nach der Liquidation der MOLOTOW-KAGANOWITSCH-M. LENKOW-Gruppe in Moskau. In Polen glaubte man damals, man könne aus diesen internen Vorgängen im Kreml für sich Vorteile heraus schlagen. Es wurden doch Menschen aus der sowjetischen Parteiführung beseitigt, die als stärkste Opponenten einer Emanzipation von Moskau galten. Es sah zunächst aus, als würde dadurch automatisch die stalinistische Opposition in Polen geschwächt und eine politische Stärkung der Elemente eintreten, die von Anfang an den Ausbau der Oktoberlinie befürwortet hatten. Es kam aber anders. Bald stellte es sich heraus, dass der stärker denn je gewordene CHRUSCHTSCHOW auf die moskautreuen Agenten in der polnischen Partei nicht verzichten will, dass er genug Mittel besitzt, um auf Polen einen starken Druck auszuüben, dass sich die chinesischen Kommunisten nicht mehr sehr an der polnischen Seite engagieren, und dass sogar der treue Freund TITO nicht viel davon hält, dass man in Polen nichts gegen Leute unternimmt, die sich in manchem den Ideen DJILAS nähern.

So ist es statt zu einer Partnerschaft mit der Linken zu einem harten Kampf gegen die "Revisionisten" gekommen. Die polnischen Parteiintellektuellen und die mit ihnen sympathisierenden Kreise der Jugend, der Presseleute, Schriftsteller usw. wissen sehr gut, was sie von der sogenannten Überprüfung der Parteimitglieder zu halten haben. Die Säuberung der Partei von verschiedenen Marodeuren, Abenteurern, Kriminellen und Karrieristen ist eine der von ihnen seit langem gestellten Forderungen. Aber sie wissen, dass die Säuberung der Partei von solchen Elementen nur ein Teil der von GOMULKA beabsichtigten Aktion ist, dass der Kampf GOMULKAS um die Herrschaft in der Partei sich gegen sie richtet, dass sie also das Hauptopfer einer politischen Säuberung werden sollen.

Die Schliessung der Zeitschrift "Po Prostu" und der Ausschluss ihrer Redaktionsmitglieder aus der Partei war nur der Anfang. Manche Parteiintellektuelle die mit der Gruppe "Po Prostu" nicht viel Gemeinsames hatten, glauben, daß schon dieser Anfang zu weit ging. So kam es, dass in den ersten zehn Tagen des Novembers eine Reihe der prominentesten polnischen Schriftsteller, Dichter und Kritiker freiwillig auf die Mitgliedschaft in der Partei verzichtet haben. Unter ihnen gibt es so bekannte Namen wie § JERZY, ANRZEJEWSKI, MIECZYSLAW JASTRUN, Pawel HERTZ, Jozef WAZYK, Juliusz ZULAWSKI u.a. Sie fühlten sich zu diesem Schritt veranlasst, weil sie den letzten Rückzug GOMULKAS aus den Positionen des "Oktobers" nicht durch ihr Schweigen und Verbleiben in der Partei gutheissen wollten.

Obwohl man in der Presse ihren demonstrativen Protest völlig verschwieg, hat ihr Rücktritt in der Öffentlichkeit breite Wellen geschlagen. In den Kreisen der Intelligenz hat sich die Überzeugung durchgesetzt, dass GOMULKA die Freiheiten, die man den Kulturschaffenden schon vor dem Oktober 1956 eingeräumt hat, jetzt sehr stark einschränken will. Nicht ohne Einfluss auf die pessimistische Stimmung unter der polnischen Intelligenz sind Massnahmen, die sehr stark an die Monate und Wochen vor dem Oktober des vergangenen Jahres erinnern nämlich eine breite Kampagne gegen die Intelligenz unter den Parteimitgliedern aus Arbeiterkreisen. Im Oktober 1956 gingen die Warschauer Studenten und Arbeiter Hand in Hand. Im Oktober 1957, bei der Schliessung von "Po Prostu", hat man einen Teil der Arbeiterschaft gegen die jugendlichen Demonstranten aufgehetzt. Dieser Vergleich erscheint fast symbolisch. Bei dem niedrigen Lebensstandard in Polen, bei der offensichtlichen Benachteiligung der Arbeiterschaft in der Lohnpolitik des "Volksstaates" ist es nicht schwer, gewisse Ressentiments gegen die "Intelligenzler" zu schüren. Die Sache ging aber jetzt zu weit, so dass man in den Parteiorganisationen Gegenmassnahmen ergreifen muss, um einen Massenaustritt der Vertreter der Intelligenzschicht aus der Partei zu verhindern.

Der Erste Sekretär der Warschauer Parteiorganisation, JAROSINSKI, musste am 18. November vor dem Parteikonitee in Warschau feststellen:

"Im Laufe der Überprüfungsaktion muss man sich mit aller Schärfe sämtlichen Anti-Intelligenz-Komplexen widersetzen. Die Partei misst den Wert ihrer Mitglieder nicht nach ihrer sozialen Herkunft, sondern vor allem danach, ob er ein ergebendes, aktives und überzeugtes Parteimitglied ist."

Die giftige Saat ist aber schon einmal gesät und bringt jetzt unheilvolle Früchte. Man erinnert sich in Polen nur allzugut, dass in den letzten Monaten vor dem Oktober 1956 polnische Stalinisten mit ähnlichen Parolen die Arbeiterschaft auf ihre Seite zu ziehen versuchten. Damals hiess es, die Intelligenz sei Träger der liberalen, antisozialistischen Tendenzen. Bei manchen hiess es gar: "Die Juden sind Verräter an der Sache des Kommunismus". Heute spricht man davon, dass es Intelligenzler sind, die dem Revisionismus ihre Unterstützung geben, bloß sagen es diesmal nicht die Agenten Moskaus, sondern die Leute GOMULKAs in der Partei, wie z.B. Zenon KLISZKO und LOGA-SOWINSKI.

Es konnte natürlich nicht ausbleiben, dass sich die Stalinisten in diese Kampagne einschalteten. Im Sommer 1957, nach der Entmachtung der MOLOTOW-Gruppe, erlebten die polnischen Natoliner die Zeit der tiefsten Depressionen. Sie haben sich aber sehr schnell erholt, als sie merkten, dass es in Moskau Kräfte gibt, die an ihrer Existenz lebhaft interessiert sind. Sie fühlen sich jetzt wieder so stark, dass sie zu einer Attacke übergehen können. Sie befolgen eine Taktik, der man eine gewisse Geschicklichkeit nicht absprechen kann. Nach aussen hin erklären sie sich mit der derzeitigen Parteilinie solidarisch. Das bedeutet die Akzeptierung der Beschlüsse der zwei letzten Plenarsitzungen, des IX. Plenums, als sich GOMULKA gegen die Revisionisten zu wenden begann und des X. Plenums, als er ihnen offenen Kampf ansagte.

Am 19. November schreibt "Trybuna Mazowiecka" über die Plenarsitzung eines Kreiskomitees im Bezirk Warschau-Land:

"Während der Diskussion hat man sich oft auf die Beschlüsse des IX. und X. Plenums berufen. Es ist aber charakteristisch, dass lediglich die zwei letzten Plenarsitzungen die volle Anerkennung aller Diskussionsteilnehmer gefunden haben. Manche Genossen versuchten beharrlich zu behaupten, dass sowohl das IX. als auch das X. Plenum des ZK eine Art Versuch darstellen, die Schäden, die vom VIII. Plenum angerichtet waren (VIII. Plenum - Oktober 1956), jetzt wieder gutzumachen."

Wenn sie anonym auftreten, legen sich die polnischen Sozialisten keine Maske mehr an. Es werden dann keine Unterschiede zwischen dem VIII. und X. Plenum gemacht. Alles, was nach dem Oktober gemacht wurde, heisst dann einfach Verrat und "Liquidation der Grundlagen des Sozialismus".

Am 13. November befasst sich das amtliche Parteiorgan "Trybuna Ludu" mit einem illegalen Schriftstück, das hektographiert an alle wichtigeren Parteiorganisationen, Zeitungsredaktionen usw. verschickt wurde. In diesem anonymen Schreiben geniert man sich nicht mehr, sondern kommt gleich mit der Sache heraus. Nicht nur der Polnische Oktober wird dort angegriffen, sondern es heisst dort sogar, dass der XX. Parteitag in Moskau ein Unglück für die Arbeiterbewegung war, und dass Polen unter allen Ländern dasjenige war, in dem sich die Folgen des IX. Parteitages am schlimmsten ausgewirkt haben. In dem Schriftstück heisst es wörtlich:

"Man wendet noch zurzeit die Taktik an, das Volk mit den Losungen des Sozialismus zu täuschen, aber in der konkreten Arbeit begann man die successive Liquidation der Grundlagen des Sozialismus und die Übergabe der Macht an reaktionäre Elemente."

In Wirklichkeit sind also die Stalinisten gar nicht von der letzten Wendung in der Parteilinie befriedigt. In der Öffentlichkeit erklären sie sich mit dieser Wendung solidarisch, weil es ihnen taktisch klug erscheint. Fühlen sie sich aber durch diese taktischen Überlegungen nicht gebunden, so kommen sie mit der Sache deutlicher heraus: Der Oktober war Verrat und GOMULKA ist ein Verräter.

Es ist sonderbar, dass GOMULKA gerade diese seine Opponenten, die ihn doch ohne Erbarmen vernichten würden, viel schonender behandelt als die Menschen, die seine Rückkehr zur Macht vorbereitet haben.

GOMULKA ist aber ein überzeugter Kommunist und möchte als solcher, als ehrlicher und treuer Kämpfer für die Sache des Weltkommunismus anerkannt werden und zwar auch von allen, die daran zweifeln. Er gibt sich scheinbar immer noch der Illusion hin, dass diejenigen, die ihn heute einen Verräter schimpfen morgen vor ihm den Kopf neigen und zugeben werden, dass sie sich geirrt haben. Die sog. Revisionisten werden dagegen von GOMULKA selbst als Liquidatoren des Sozialismus in Polen bezeichnet. Die gefühlsmässigen Elemente spielen in der Politik GOMULKAs eine nicht zu unterschätzende Rolle.

In welcher Atmosphäre die "Überprüfungsaktion" der Parteimitglieder vor sich geht, darüber gibt ein Artikel in "Trybuna Ludu" vom 26. November wert-

vollen Aufschluss. Es heisst dort, in den Parteiorganisationen gäbe es zahlreiche "Eifrige", die jetzt die Zeit für gekommen halten, eine "Abrechnung für den Oktober" durchzuführen. Alle diejenigen, die sich damals im Oktober zuweit "hinausgelehnt" haben, und die den stalinistischen Apparat einer scharfen Kritik unterzogen haben, sollen das jetzt büssen.

"Wir wollen es also noch einmal wiederholen, - schreibt "Trybuna Ludu" - dass es keine Abrechnung geben wird, weder mit denen, die sich damals für die Parteilinie ausgesprochen haben, noch mit denen, die gewohnt sind, in alten Schablonen zu denken und die damaligen Veränderungen nicht begriffen haben und sie mißtrauisch betrachten." Das Blatt schreibt weiter, dass man die alten Tonbandaufnahmen und vergilbten Notizen jetzt zu verwenden sucht, um die "Oktobermänner" zu erledigen. Dies dürfte ein ausreichender Beweis dafür sein, wie stark sich die stalinistische Opposition wieder fühlt und wie sie die jetzige Schwenkung der Parteilinie für ihre Zwecke auszunützen gewillt ist.

Die ganze "Überprüfungsaktion", die gesunde Zustände in der Partei schaffen soll, verursacht vorläufig nur allgemeinen Wirrwarr und Desorientierung. Die niedrigeren Parteiinstanzen, die diese Überprüfung durchführen sollen, sind sich manchmal nicht ganz im klaren, welche Maßstäbe sie bei der Überprüfung anwenden sollen. Es gibt Momente, die von einer unfreiwilligen Komik nicht ganz frei sind. GOMULKA sagte auf dem X. Plenum z.B. u.a., dass "die eingefleischten Klerikalen" aus der Partei verschwinden sollen. Jetzt macht "Trybuna Ludu" am 21. November einen Rückzieher:

"In unserem Lande, wo der religiöse Glaube tief in der Tradition verwurzelt und stark verbreitet ist, würde eine rigorose Forderung (alle Gläubigen aus der Partei auszuschliessen) eine grosse Anzahl von Arbeitern und Bauern, die der Idee des Sozialismus herzlich ergeben sind, aus der Partei vertreiben. Wir stellen fest; die Tatsache, dass ein Mensch an Gott glaubt, darf kein Hindernis sein, Parteimitglied zu sein.

Es gibt noch mehr solcher Zweifelspunkte und solcher Probleme. Mensche Parteiorganisationen haben sich mit der "Überprüfung" schon so beeilt, dass diese schon als abgeschlossen gelten kann. Am 26. November bringt "Trybuna Ludu" eine Nachricht aus dem Kreis Bielitz in Oberschlesien, wo man allen "Überprüften" vier Fragen gestellt hat:

1. ob er sich mit der Ideologie der Partei identifiziert
2. ob er der Partei angehören will und die Pflichten, die im Statut verankert sind, erfüllen will?
3. wie steht er zur SU?
4. welches Verhältnis hat er zur Religion?

Das zentrale Parteiblatt protestiert gegen die Schablonisierung und Schematisierung der Überprüfungsaktion. Was nützen aber solche Proteste, wenn die Aktion dort schon abgeschlossen ist?

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass GOMULKA alle seine Opponenten in der "revisionistischen Fraktion" aus der Partei austossen kann. Sie haben keine Möglichkeit, sich dagegen zu wehren, es sei denn, sie distanzieren sich von allem, was bis jetzt ihre Überzeugung war. Gewiß wird auch eine kleine Anzahl von Stalinisten der Säuberung zum Opfer fallen. Das werden aber nur solche sein, die unvorsichtig genug waren, ihrer Abneigung gegen GOMULKA all zu offen Ausdruck zu geben. Der Parteiapparat bleibt aber stalinistisch, wenn man ihn nicht hundertprozentig ersetzt. Das ist jedoch undenkbar. Eine ideologische Einheit der Partei wird in Zukunft nur formal sein können, denn unter der Oberfläche wird der getarnte Kampf der "wahren Kommunisten", wie sich die Stalinisten in Polen nennen, weiter geführt.

Die Partei auf gesunde Kader zu stützen, war der Hauptgrund des Experiments. Dieses Ziel zu erreichen, wird jedoch kaum möglich sein. Die mittleren und niederen Parteinstanzen sind von der gleichen Krankheit befallen, von der sie die ihnen untergeordneten Parteiorganisationen heilen sollen. Die bisherigen Ergebnisse der Überprüfungsaktion bestätigen mit voller Klarheit, dass die Aktion GOMULKAs wenig erfolgversprechend ist.

2) Polnischer Revisionismus ist Abglanz des Sozialdemokratismus

Lange Zeit wusste man nicht, welches Etikette man den polnischen Revisionisten aufkleben soll. Der Hauptideologe der Partei aus der stalinistischen Zeit, der in den letzten Wochen offensichtlich wieder zum alten Rang erhobene Adam SCHAFF, befasst sich mit diesem Thema in einem Artikel, der am 12. 11. 57 in "Trybuna Ludu" erschien.

SCHAFF unterscheidet zwischen einem überholten "klassischen "Revisionismus", der "einem für Polen nicht mehr aktuellen Streit mit dem Marxismus über das Thema führte, wie der Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaftsreform erfolgen soll" und einem "totalen Revisionismus" aus den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts, der einfach den ganzen Marxismus verneint. Als Väter dieser letzten Richtung bezeichnet SCHAFF: De MAN, BLUM und IKARD. "Hier ist auch die geistige Quelle des polnischen Revisionismus zu suchen."

"Die Publizistik unserer Liquidatoren - schreibt SCHAFF - befasste sich hauptsächlich mit solchen Problemen wie z.B. der Rolle der Partei, des Staates und des Charakters der Demokratie. Der Sinn dieser ganzen Kampagne war sehr durchsichtig: Negation der führenden Rolle der Arbeiterpartei, Negation der sozialistischen Demokratie, Negation der Diktatur des Proletariats aus der Position der Sehnsucht nach einer 'integralen Demokratie', was in der Praxis die liberale, parlamentarische Demokratie bedeuten sollte."

Der Streit um die Diktatur des Proletariats ist der traditionelle Streit, der die zwei grossen Richtungen in der Arbeiterbewegung trennt: Die leninistische (bolschewistische) und die sozialdemokratische Richtung.

Unsere Liquidatoren versichern, dass sie mit dem Stalinismus kämpfen. In Wirklichkeit ist der Revisionismus, der bei uns jetzt auftritt, eine Abkehr vom Leninismus, ein Rückfall in den Sozialdemokratismus....

Unsere Partei ist eine marxistische-leninistische Partei und denkt nicht daran, sich in eine Partei sozialdemokratischen Typus umzuformen.

+ Im Gegenteil, wir sehen im Sozialdemokratismus unseren politischen Gegner
+ und deswegen bekämpfen wir ihn. Ist es dann erstaunlich, wenn wir die Träger des Sozialdemokratismus in unseren Reihen nicht dulden wollen? Noch weniger verwunderlich ist es, dass wir in unseren Reihen solche schon gar nicht dulden wollen, die sich noch weiter rechts als die Sozialdemokratie gestellt haben und antimarxistische, bürgerliche Positionen in der Ideologie einnehmen...

Es muss deutlich gesagt werden, daß die Partei hier mit einem Gegner an der Rechten kämpft. Seit wann wird denn die Opposition gegen den Leninismus als die 'Linke' der Arbeiterbewegung bezeichnet? Seit wann werden die typischen Ansichten des rechten Flügels der Sozialdemokratie, die vom ersten besten Anhänger des linken Flügels der Labour Party als antimarxistisch abgelehnt würden, als "linke Opposition" bezeichnet?...

Es ist Zeit, dass man begreift: In der Partei ist Platz für eine Diskussion, aber es ist kein Platz für Menschen, die nicht mehr diskutieren, sondern einfach die Grundlagen ablehnen."

Die Terminologie steht jetzt fest, die Fronten sind also klar. Wer es unter den Revisionisten bis jetzt noch nicht ahnte, wird es in Zukunft wissen, dass er der Träger des Sozialdemokratismus, wenn nicht gar der bürgerlichen Tendenzen ist. Immerhin muss man SCHAFF eins zugute halten: In den Jahren des Stalinismus sprach und schrieb er vom "Sozialfaschismus", wenn er den Sozialdemokratismus meinte. Ein Etikett, das für alle Kommunisten verbindlich war und uns in Deutschland aus der Zeit von 1933 bekannt ist.

3) Zum Jahrestag der Oktoberrevolution

Am 5. November erschien in der Moskauer "Prawda" ein Artikel des polnischen Parteichefs GOMULKA. In diesem Beitrag versucht GOMULKA begreiflich zu machen, warum Polen seinen eigenen Weg zum Sozialismus wählen musste. Diese Ausführungen sind nicht ohne Interesse, da sie einen guten Einblick in die Argumentation GOMULKAs geben. Die wesentlichsten Stellen lauten:

"Länder, die in Anlehnung an den historischen Sieg der SU im II. Weltkrieg jetzt den Sozialismus aufbauen, sind in einer unvergleichlich günstigeren Situation, als es die SU seinerzeit war. Eine radikale Änderung des sozialistischen Blocks in der Welt erlaubt es diesen Ländern, einen kleineren Teil ihres Nationalinkommens für Investitionszwecke abzuzweigen und ein langsames Tempo in der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes einzuschlagen.

Daher die Rückschlüsse: Der Weg auf dem die SU in einer bestimmten internationalen und inneren Lage zum Sozialismus schritt, kann nicht ganz derselbe sein, den jetzt die anderen Länder einschlagen....

Abgesehen von dieser Überlegung besitzt das polnische Volk noch spezifische Charaktereigenschaften, die durch unsere Geschichte und durch die lange Verknechtung nach den Teilungen Polens entstanden sind: Eine besondere Empfindlichkeit der Polen in puncto Unabhängigkeit und Souveränität. Die Unterschätzung und Negation der nationalen Eigenschaften im Aufbau des Sozialismus ist nihilistischer Dogmatismus, der den sozialistischen Aufbau verhindert und verstellt und die Unzufriedenheit der werktätigen Massen hervorruft.

Beginnend in der II. Hälfte des Jahres 1948, als man in Polen auf breiter Front zum Aufbau des Sozialismus überging, kamen gleichzeitig dogmatisch sektiererische Tendenzen in unsere Partei. Die jetzige Politik unserer Partei ... ist ein großer Schritt vorwärts und nicht rückwärts auf dem Wege zur Verwirklichung der leninistischen Konzeption der Diktatur des Proletariats, der proletarischen Demokratie und des sozialistischen Aufbaus in der konkreten Situation Polens.

Dieser neue Weg ist voller Schwierigkeiten. Die rückständigen bürgerlichen und nationalistischen Kräfte haben ihre Aktivität belebt. Sie geben sich der falschen Hoffnung hin, dass in Polen eine "2. Etappe" kommt, und das Polen zur bürgerlichen Demokratie zurückkehrt. Schwächere Bestandteile der Partei - besonders unter der Parteintelligenz - unterliegen diesem Druck und zeigen revisionistische Tendenzen. Sie verlassen die Positionen der Kritik an den Fehlern im sozialistischen Aufbau und nehmen die bürgerlichen Positionen der Kritik am Sozialismus selbst ein...

Unsere Partei und die Volksmacht bekämpfen entschlossen die Aktionen aller rückständigen antivölkischen und antisowjetischen Elemente und treten gleichzeitig mit aller Schärfe den Vertretern der revisionistischen Ansichten entgegen. Einen Beweis dafür liefert das X. Plenums des ZKs."

Zum Schlußwort spricht GOMULKA noch von der Freundschaft mit der Sowjetunion, der DDR, der CSR und mit allen sozialistischen Ländern. Vor ein paar Monaten hieß es noch: Freundschaft mit der Sowjetunion und Volkschina sowie anderen Ländern des sozialistischen Lagers. Diese Formulierung ist bemerkenswert und nicht zufällig. GOMULKA wusste, dass die ständige Betonung der polnischen Sympathien für China in Moskau mit einer nur schlecht verborgenen Verärgerung aufgenommen wurde. Andererseits weiß man in informierten Kreisen Warschaws wiederum, dass die Abkühlung des Verhältnisses zwischen Polen und China gerade jetzt ihren tiefsten Punkt erreicht hat, so dass GOMULKA offensichtlich keinen Anlass hatte, sie besonders hervorzuheben.

4) Freundschaft

Die sogen. "Gesellschaft für polnisch-sowjetische Freundschaft" war schon seit dem Oktobertagen 1956 zum Asyl einer stalinistischen Gruppe geworden, die sich dort verschanzt hatte und sich hinter ihrem Schild ziemlich sicher fühlte. Über ihre Tätigkeit schrieb in ihrer November-Nummer die Zeitschrift "Polityka", die als Sprachrohr des rechten Zentrumflügels im ZK gilt:

"Tiefe Beunruhigung muss die Tatsache erwecken, dass die Gesellschaft, die auf der breiten, allgemein-nationalen Basis arbeiten sollte und breite Volksmassen in ihre Arbeit einbeziehen sollte, für manche zum Sprungbrett einer gegen die politische Linie der Partei gerichteten oppositionellen Aktion wurde. Ein paar Genossen, die sich geweigert haben, an der organisatorischen Parteiarbeit teilzunehmen, reisen als Redner der "Gesellschaft der polnisch-sowjetischen Freundschaft" durch das Land, halten überall Ansprachen und benutzen Formulierungen, in denen sie die Errungenschaften des VIII. Plenums in Frage stellen. Sie werfen der Parteileitung vor, dass nichts für die polnisch-sowjetische Freundschaft spricht..."

Wie man aus orientierten Warschauer Kreisen erfährt, haben diese "paar Genossen" wirklich sehr scharfe Formulierungen benutzt, sie sprachen u.a. davon, dass eines Tages die Kommunisten wieder zur Macht gelangen und dann mit den Verrätern abrechnen werden. Das musste sogar für den solchen stalinistischen Provokationen gegenüber sehr nachsichtigen Parteichef zu viel gewesen sein, weil er vor kurzem anordnete, die schlimmsten Schreihälse zum Schweigen zu bringen.

Wie wir erfahren, hat man u. a. die Redaktion des offiziellen Organs der Gesellschaft "Freundschaft" (Przyjazn) entlassen und mehrere Personen aus der Partei ausgeschlossen. Bezeichnend ist nur, daß dieser Tatsache in der Presse keine Zeile gewidmet wurde, während der Ausschluß der "Po Prostu"-Redakteure in der Presse groß aufgemacht wurde.

5. Beratungen des Journalistenverbandes

Eine Plenarsitzung des Verbandes polnischer Journalisten, die Mitte November in Warschau stattfand, mußte zu den Beschuldigungen, die man der Presse auf dem X. Plenum des ZK gemacht hatte, Stellung nehmen. Der veröffentlichte Beschluß bedeutet, daß man sich zumindest formell vor dem Parteibeschluß gebeugt hat.

"Die Presse", so heißt es im Beschluß des Vorstandes, "hat nach dem Oktober nicht immer die richtige Rolle bei der Gestaltung der öffentlichen Meinung zugunsten der Unterstützung des sozialistischen Aufbaus in der veränderten Situation gespielt. In Anbetracht der verstärkten Aktivität der antisozialistischen Kreise hat man den Glauben an die Richtigkeit des gewählten Weges nicht genügend gefestigt. Man hat den Objektivismus in der Kritik verloren und dadurch die Stimmungen der Enttäuschung und Entmutigung gefördert."

"Offene revisionistische Tendenzen oder Ansichten, die im Widerspruch zu den Interessen des Sozialismus standen, hat man nicht entsprechend kritisiert, sondern sie fanden manchmal in den Spalten der Zeitungen Platz... Es ist klar, daß eine solche Situation für die Sache des Sozialismus schädlich war und nicht weiter andauern darf... Die Freiheit des Wortes, die schöpferischen Forschungen auf dem Gebiet der Theorie und Praxis des sozialistischen Aufbaus betrachten wir als eine der wertvollsten Errungenschaften des Oktoberumschwungs. Die Grenze jeder Freiheit bildet aber das allgemeine Wohl."

Aus dem Verlauf der Tagung konnte man allerdings nicht entnehmen, daß die Journalisten einen Kniefall vor der Partei gemacht haben. Es gibt darüber Informationen, die vermuten lassen, daß der Beschluß als das notwendige Übel betrachtet wurde. Die Stimmung, die unter den versammelten Journalisten herrschte, war die einer Ablehnung. Stillschweigend hörte man den wenigen Rednern zu, die mit den "Verirrungen" der Presse abrechneten. Obwohl die Partei suggeriert hatte, daß der derzeitige Vorstand des Verbandes durch einen neuen ersetzt werden müßte, der mehr Gewähr dafür gebe, daß in der Arbeit des Verbandes eine Wendung eintrete, wurde der alte Vorstand mit überwältigender Mehrheit bestätigt.

6. Verband der sozialistischen Jugend - ein Versager

Neben den Intellektuellen wird die polnische Jugend als einer der wichtigsten Träger der revisionistischen Abweichungen bezeichnet. Die Jugend, sowohl die Arbeiter- wie auch die studentische Jugend, hat schon ein rühmliches Blatt im Kampf um die Freiheit beschrieben: So z. B.: Posen - Juni 1956; Warschau - Oktober 1956, täglicher Kampf und tägliche Arbeit der studentischen Organisationen in Krakau und Breslau im Jahre 1957 und schließlich Warschau - Oktober 1957 (Proteste gegen die Schließung von "Po Prostu").

Diese Jugend, der man in der stalinistischen Zeit ein enges geistiges Korsett verpaßt hatte, wollte endlich selbständig denken.

Als im Oktober 1956 die damals einzig zugelassene einheitliche Jugendorganisation in wenigen Wochen zerfiel und an ihrer Stelle in den Städten der "Verband der Sozialistischen Jugend" entstand, haben ihre Gründer eine wirklich selbständige Jugendorganisation gründen wollen, die nicht bloß den Jugendsektor der Partei darstellt. Sie wollten eine Organisation schaffen, die alle die in sich vereinigt, die sich als überzeugte junge Kommunisten fühlen. Die Verbundenheit mit der Partei sollte mehr ideologischer als organisatorischer Natur sein.

Vom ersten Augenblick an versuchte die Parteileitung, eine solche Entwicklung zu verhindern. Man traute der Jugend, die ihre eigenen Wege gehen wollte, ohne von oben kontrolliert zu sein, offensichtlich nicht. GOMULKA und die von ihm vertretene Partei glaubten, nicht genug attraktiv zu sein, um die Jugend ohne den organisatorischen Zwang bei der Stange zu halten. Die Versuche, sich die Jugend organisatorisch unterzuordnen, haben, wie nicht anders zu erwarten war, den einzigen Erfolg gehabt, daß die Jugend erst recht zu meutern begann. Heute bezeichnet man in Parteikreisen die verantwortlichen Jugendführer als Versager, wenn nicht gar als Verräter. Tatsache ist, daß die überwiegende Mehrheit der Jugend die derzeitige Parteilinie ablehnt. GOMULKA hat es verstanden, alle Intellektuellen gegen sich zu mobilisieren. Auch die überwiegende Mehrheit der Studenten und der Arbeiterjugend stehen GOMULKA heute ablehnend gegenüber. Alles, was unter der Jugend politisch aktiv war, steht jetzt an der Seite der linken Opposition, der "Revisionisten". GOMULKA, der es versäumte, eine Basis in der Jugend zu finden, wird kaum imstande sein, dies heute in einer für ein solches Vorhaben noch ungünstigeren Atmosphäre tun zu können.

II. Wirtschaft

=====

1. Staatsfarmen - immer noch unrentabel

In einem Interview, das in "Trybuna Ludu" am 1. November 1957 veröffentlicht wurde, stellt der Landwirtschaftsminister Edward OCHAB fest, daß die Staatsgüter niedrigere Hektarerträge erreichen, als die Einzelbauern. Im Landesdurchschnitt brachten die Staatsgüter pro ha 13,6 dz Getreide (Einzelbauern 14,7), 179 dz Zuckerrüben (206) und 109 dz Kartoffeln (134).

OCHAB stellte fest, daß die Staatsgüter zum Teil Landflächen umfassen, die noch bis vor kurzem völlig brach lagen. Es fehlt dort an Wirtschaftsgebäuden, Wohnhäusern, Inventar und Maschinen. Eine vollständige Bewirtschaftung dieser Gebiete würde aber Mittel erfordern, die die Möglichkeiten des Staates weit übertreffen. Ein Teil der Staatsfarmen, vor allem solche, die keine geschlossenen Komplexe bilden, müßten nach Ansicht OCHABS parzelliert, also unter Einzelbauern verteilt werden. Die Voraussetzung dafür ist aber, daß die Bauern selbst die Mittel zur Bewirtschaftung des ihnen übertragenen Bodens aufbringen. Der Staat kann die Ansiedlung dieser Bauern auf den früheren Staatsfarmen nicht finanzieren, weil er dann das ja auch unter eigener Regie machen könnte. Die Parzellierung soll aber gerade die Einsparung der Investausgaben für die Staatsfarmen mit sich bringen.

2) Die niedrigen Mieten bremsen privaten Wohnungsbau

Die niedrigen Mieten, die als eine der grössten Errungenschaften der sozialistischen Wirtschaftsform gepriesen wurden, zeigen mit der Zeit immer mehr Schattenseiten. Die schlimmste Folge war, dass die niedrigen Mieten keine Möglichkeit zur Konservierung und Renovierung der Häuser boten, was wiederum zum Zerfall zahlreicher Gebäude führte.

Die Wohnungslage in Polen ist katastrophal. GOMULKA musste auf dem X. Plenum zugeben, dass der Staat sich ausserstande sieht, einen Wohnungsbau in dem Ausmasse aus eigenen Mitteln zu finanzieren, dass er den Erfordernissen nur halbwegs genügen könnte. Man hat also beschlossen, den privaten Wohnungsbau zu fördern, und alle, die über ausreichende eigene Geldmittel verfügen, beim Eigenheimbau zu fördern. Es hat sich aber eine neue Schwierigkeit ergeben. Darüber schreibt "Trybuna Ludu" vom 6. November:

"Wir zahlen jetzt für die Wohnungen lächerlich niedrige Mieten. Im Vergleich dazu bedeuten die Zahlungsraten für eine Eigenheim eine kolossale Ausgabe. Die Politik der niedrigen Mieten bedingt, dass die Bevölkerung nicht vor der Alternative steht, zu wählen zwischen einer ständigen

niedrigen Ausgabe für Miete oder einer zeitweiligen, sehr hohen Ausgabe für den Bau eines Eigenheimes, wenn das auch später nach der Abzahlung weniger Ausgaben verursacht, als die Miete."

In einer solchen Situation, meint das Blatt, wird kaum jemand dazu zu bewegen sein, auf die wenigen Vorteile zu verzichten, die der kommunistische Staat in finanzieller Hinsicht seinen Bürgern zu bieten hat.

3) Besserung in der Kohlenwirtschaft

Die Arbeitslage in der Kohlenwirtschaft schildert der Minister für Kohlenbergbau wie folgt:

"Eine langsame, aber systematische Stabilisierung der Belegschaften der Kohlengruben, die sich aus der jeweiligen Ortsbevölkerung rekrutieren, die auf eine große Tradition in der Bergbauarbeit zurücksehen kann, geht jetzt vor sich. Mon Monat zu Monat verringert sich der Anteil der kasernierten Belegschaften im Bergbau. Die Häftlinge verschwinden völlig aus unseren Gruben und die Zahl der Soldaten, die im Bergbau eingesetzt werden, wird auch immer kleiner. Wir wollen auch keine Jungbergmann-Hotels mehr bauen, weil die Praxis bewiesen hat, daß die dort eingedrungene demoralisierten Elemente destruktiv auf die anständigen Insassen dieser Hotels wirken. Wir werden jetzt dafür sorgen, daß die neuangestellten Bergleute als Untermieter bei den Familien untergebracht werden. Die noch bestehenden Arbeiterhotels wird man in Wohnungen für Bergleute umbauen."

So endete also ein weiteres Experiment aus der stalinistischen Zeit. Zwangsarbeiter, politisch unzuverlässige Rekruten und Jugendliche aus dem ganzen Land, die durch eine verlogene Propaganda zur Bergmannsarbeit angeworben und in den "Arbeiterhotels" unter möglichst schlechten Verhältnissen zusammengepfercht wurden, wurden bald zum Schrecken der ruhigen, dort ansässigen Bevölkerung. Kohle um jeden Preis, Sonntagsschichten und drakonische Strafen, das alles konnte nur bewirken, daß sich von hundert Angeworbenen 99 bei der ersten Gelegenheit abgesetzt haben.

Die Krise, in die die polnische Kohlewirtschaft durch solche Methoden, aber auch durch den Raubabbau geraten ist, wird noch lange Zeit dauern, bis sie überwunden ist. Es wurden aber Grundlagen für eine Gesundung geschaffen, die nach ein paar Jahren die ersten Ergebnisse zeigen müßten.

III. Soziale Probleme

=====

1. Heimkehrer - ein schwieriges Problem

Allein in der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. September d. J. sind über 66.000 polnische Heimkehrer aus der SU nach Polen zurückgekehrt. Das Amt für Repatriierung hat jetzt unter 212 von ihnen Fragebogen verteilt, die dazu verhelfen sollen, sich ein Bild darüber zu machen, wie sich die Heimkehrer in Polen eingerichtet haben.

Eines der schwierigsten Probleme ist natürlich die Beschaffung von Wohnraum. Von der angegebenen Zahl haben 188 nach mehrmonatigem Warten eine eigene Wohnung bekommen. Die Situation der übrigen ist - wie man offiziell zugeht - tragisch.

Arbeit haben 157 bekommen. Ihre Durchschnittslöhne sind aber etwas niedriger als bei der ansässigen Bevölkerung. Viele von den Heimkehrern konnten aber keine Arbeit in ihrem Beruf finden, wahrscheinlich, weil dort, wo sie eine Wohnung bekamen, ihre Berufsrichtung nicht gefragt war. 38 Personen sind rentenberechtigt, aber bis jetzt bekamen nur fünf von ihnen eine Rente.

Die Situation derjenigen, die sich auf dem Lande niederließen, ist bei weitem besser als von denen, die in den Städten untergebracht wurden.

Im großen und ganzen gesehen ist die Lage der Heimkehrer nicht besonders erfreulich. Mehr als erschütternd war die vor einigen Monaten von einem Journalisten gemeldete Tatsache, nach der es Heimkehrer gab, die den Wunsch äußerten, nach Sibirien zurückkehren zu dürfen, da sie dort zumindest Wohnung und Arbeit hatten.

2. Gewerkschaften auf dem alten Gleis?

Im Gewerkschaftsorgan "Glos Pracy" erschien am 16. November ein Artikel des Vorsitzenden des Polnischen Gewerkschaftsbundes - Ignacy LOGA-SOWINSKI, der als ein Vertrauensmann GOMULKAS im Oktober 1956 ins neue Politbüro berufen wurde.

Das Chaos, das in der Partei entstand, fand seinen Widerhall auch in den Gewerkschaften. SOWINSKI schreibt von den "rückständigen revisionistischen Tendenzen der Negation der Prinzipien des demokratischen Zentralismus und der führenden Rolle der Partei in den Gewerkschaften."

Und weiter:

"In der Gewerkschaftsbewegung sind revisionistische Tendenzen des sozialdemokratischen Typus aufgetaucht, die darauf beruhen, daß man die Gewerkschaften dem Volksstaate entgegenstellt."

SOWINSKI kritisiert, daß man auf den Tagungen einzelner Gewerkschaften in der letzten Zeit viele Forderungen stellte, die die Entlohnung und die sozialen Probleme der Werktätigen betrafen, dagegen nichts darüber sagten, wie man das Nationaleinkommen vergrößern könnte, um diese Forderungen zu realisieren.

"Manche Gewerkschaftsfunktionäre gefallen sich ganz besonders in der Aufstellung solcher Forderungen, von denen man weiß, daß sie nicht realisierbar sind. Sie tun aber nichts dafür, um die Produktion zu erhöhen, also das Nationaleinkommen zu vergrößern."

Dieses Verhalten bezeichnet SOWINSKI als Doppelzüngigkeit. Für solche Leute dürfe es unter den Leitern der Gewerkschaftsbewegung keinen Platz geben.

Besonders stark hob SOWINSKI die wirtschaftlichen Aufgaben der Gewerkschaften hervor. Er sprach von der erzieherischen Einwirkung der Gewerkschaftsleitungen auf die Belegschaften, die in der Vergrößerung der Produktion die einzigen Möglichkeiten der Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage sehen sollen.

Diese Ausführungen mußten den Verdacht erwecken, daß die Gewerkschaften wieder zu der Rolle herabgesetzt werden sollen, die sie schon einmal in der stalinistischen Zeit erfüllen mußten. Drei Tage später beeilte sich das Hauptorgan der Partei, "Trybuna Ludu", zu erklären, daß es sich "keineswegs darum handele, eine Rückkehr der Gewerkschaften zur Antreiber-Rolle in der Produktion herbeizuführen."

Im gleichen Artikel des Parteiorgans findet man aber solche Worte wie "sozialistische Arbeitsdisziplin", die nach dem Oktober des vergangenen Jahres aus dem Wortschatz der Presse entfernt waren. In dem Artikel lesen wir weiter:

"Nehmen wir die Sache des sozialistischen Wettbewerbs. Bei der "großen Wäsche" in der Gewerkschaftsbewegung hat man eilfertig auf diesen Wettbewerb verzichtet, weil man fälschlich annahm, daß diese Idee kompromittiert war, während lediglich manche Methoden und Formen des Wettbewerbs kompromittiert waren."

B . Polen und Ausland

1. Zum Jahrestag der polnisch-sowjetischen Erklärung

Den ersten Jahrestag der polnisch-sowjetischen Erklärung, die nach einer Reise GOMULKAS nach Moskau veröffentlicht wurde, nimmt "Trybuna Ludu" am 18. November zum Anlaß folgender Ausführungen:

"Vor einem Jahr, am 18. November 1956, ist in Moskau die gemeinsame polnisch-sowjetische Erklärung unterzeichnet worden. Jenen zum Trotz, die in unserem Lande den Beweis^{zu} erbringensuchten, daß der polnische Oktober Engstirnigkeit und Nationalismus, Schwächung des polnisch-sowjetischen Bündnisses und Unterminierung des proletarischen Internationalismus bedeute, sowie jenen zum Trotz, die danach trachteten, den polnischen Oktober zu einer Abkehr vom Sozialismus in Polen, zum Übergang zu der unrühmlichen 'zweiten Etappe' auszunutzen. Was haben die Tatsachen bewiesen? Die Tatsachen haben bewiesen, daß die Freundschaft und das polnisch-sowjetische Bündnis - gereinigt von dem, was dem Wesen des Leninismus widersprach - heute stärker sind als jemals in der Vergangenheit. Seit auf der Welt Staaten existieren, waren die Beziehungen zwischen Großmächten sowie mittleren und schwächeren Ländern stets das im Geiste der Gerechtigkeit und Gleichheit und umso mehr der Brüderlichkeit am schwierigsten zu lösendes Problem. Die Tatsachen beweisen, daß der Sozialismus auch hier einen qualitativ revolutionären Wandel gebracht hat. Und zwar eben im Geiste der Gerechtigkeit, der Gleichheit, des gegenseitigen Beistandes und der Brüderlichkeit."

2. Beratungen in Moskau

Die Beratungen der Vertreter der kommunistischen Parteien, die nach den Feierlichkeiten aus Anlaß des Jahrestages der Oktoberrevolution begannen und sich mehrere Tage hinzogen, endeten mit der Veröffentlichung einer "Deklaration", die von allen Parteien des Ostblocks unterzeichnet wurde. Zu diesem Dokument schreibt "Trybuna Ludu" in ihrem Kommentar am 23. November:

"Eine proletarische Partei kann die Besonderheiten und Eigenschaften eines Volkes, dessen Bestandteil sie selbst ist, nicht ignorieren. Gleichzeitig darf sie aber nicht vergessen, daß es grundsätzliche und universale Prinzipien des Marxismus gibt, ohne die man den Sozialismus überhaupt nicht bauen kann."

Die Theorie des eigenen Weges zum Sozialismus bekommt hier also klare Grenzen. Sie gilt nur dann, wenn es sich um zweitrangige Fragen handelt. Eine Abweichung von den nicht näher bezeichneten "universalen" Prinzipien bedeutet ein Abrutschen in den Revisionismus."

Am 29. November bringt "Trybuna Ludu" einen Bericht GOMULKAs über die Moskauer Beratung.

GOMULKA spricht über die Gewährung westlicher Kredite für Polen. Da Amerika keine politischen Bedingungen an diese Kredite geknüpft hat, konnte Polen sie annehmen.

"Aber manche westlichen Rundfunksender versuchten die Tatsache der Gewährung von Krediten auszunutzen, um das Band zwischen Polen und dem Block der sozialistischen Staaten zu lockern. Aber die polnische Politik - sowohl die Innen- als auch die Außenpolitik - läßt sich nicht durch Kredite beeinflussen. Die Partei und die Volksmacht werden die Unabhängigkeit des Landes immer hüten und das Bündnis mit den sozialistischen Staaten fördern...

Manche Politiker und Presseorgane in der Bundesrepublik haben eine ähnliche Propaganda gestartet, als sie das Problem der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen besprachen. Sie gehen von dem Standpunkt aus, daß solche Beziehungen für die Bundesrepublik nur dann von Nutzen sein würden, wenn sich dadurch die Beziehungen Polens zu den sozialistischen Staaten, insbesondere zur DDR lockerten...

Wir sind für die Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik. Wir werden aber auch unser Band mit der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten immer enger gestalten. Unser Verhältnis zur DDR drückt sich darin aus, daß wir uns mit diesem Staate voll solidarisch fühlen. Dem ersten Arbeiter- und Bauernstaat in der Geschichte Deutschlands geben wir unsere volle Unterstützung...

Ohne Einheit, ohne gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit könnten die sozialistischen Staaten viele Schwierigkeiten nicht überwinden. Manche von ihnen könnten sogar durch die gemeinsam von innen und außen handelnden Kräfte, die dem Sozialismus feindlich gegenüberstehen, liquidiert werden. Die Quelle der Kraft der sozialistischen Staaten ist die Identität ihrer Interessen vor allem mit denen der Sowjetunion. In der großen Gemeinschaft der sozialistischen Staaten nimmt der mächtigste sozialistische Staat, die UdSSR, den ersten Platz ein. Die Sowjetunion, die die wichtigste Stelle in der sozialistischen Ge-

meinschaft einnimmt, hat durch die kluge Politik ihrer Partei und ihrer Leitung, die sich auf die leninistischen Prinzipien der Gleichberechtigung stützt, am meisten dazu beigetragen, die Einheit der sozialistischen Staaten zu festigen. Mit Anerkennung wollen wir es betonen, daß die derzeitige Leitung der Sowjetunion eine solche Politik konsequent durchführt...

Während der Beratungen der kommunistischen und der Arbeiterparteien in Moskau hat man über die Formen der gegenseitigen Beziehungen zwischen unseren Staaten gesprochen. In der Vergangenheit gab es ein Zentrum der internationalen kommunistischen Bewegung, die Komintern. Solch ein Zentrum gibt es jetzt nicht und es ist auch kein Anlaß vorhanden, es zu bilden. Die Praxis hat bewiesen, daß die Leitung aller kommunistischer Parteien von einem Zentrum aus nicht immer nützlich ist, manchmal bringt sie sogar Schaden...

Im Jahre 1947 entstand das Kominform. Die Bilanz dieser Organisation kann man nicht als positiv bezeichnen. In der letzten Zeit bildeten sich neue praktische Formen der Beziehungen zwischen unseren Parteien - sogenannte zweiseitige Treffen. Diese bringen uns viel Nutzen, und wir wollen sie weiter entwickeln. Unabhängig davon kann man von Zeit zu Zeit breitere Treffen der Vertreter mehrerer Parteien veranstalten...

Die Angelegenheiten der internen Politik einer jeden Partei dürfen aber auf solchen Treffen auf breiterer Basis nicht entschieden werden. Das trifft nur für solche Probleme nicht zu, die für alle Parteien von gemeinsamer Bedeutung sind."